



Bern, 19. Oktober 2021

Sozialhilfe in Schweizer Städten – Kennzahlen 2020. Einladung zur Medienkonferenz

Dienstag, 26. Oktober 2021, 9.30 Uhr, Berner Fachhochschule Soziale Arbeit, Hallerstrasse 8, Raum HAL 218 im 2. Stock, Bern

Die Städte sind die wesentlichen Akteure der Sozialhilfe. Der Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe dokumentiert aktuelle Entwicklungen in 14 Städten: Basel, Bern, Biel, Chur, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Schlieren, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug und Zürich.

Die diesjährige Medienkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik legt die Schwerpunkte auf die Entwicklungen während der Coronapandemie und auf den wiederholten Bezug von Sozialhilfe.

Es sprechen:

- Michelle Beyeler, Berner Fachhochschule, Co-Autorin der Studie
- Martin Merki, Stadtrat Luzern
- Émilie Moeschler, Stadträtin Lausanne
- Nicolas Galladé, Stadtrat Winterthur, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik

Weitere Informationen und Anmeldung:

Vor Ort mit Zertifikatspflicht: Anmeldung zur Medienkonferenz mit Stichwort «live» an: info@staedteinitiative.ch

Es gilt das Schutzkonzept der Berner Fachhochschule.

Online: Anmeldung mit Stichwort «online» an info@staedteinitiative.ch

Teilnahme via Microsoft Teams: [Klicken Sie hier, um an der Besprechung teilzunehmen](#)

Oder anrufen (nur Audio) [+41 43 430 75 06](tel:+41434307506) Telefonkonferenz-ID: 374 955 920#

Medienunterlagen unter:

https://staedteinitiative.ch/de/Info/Kennzahlen_Sozialhilfe/Kennzahlenbericht_aktuell

Die Publikation «Sozialhilfe in Schweizer Städten» ist ab 22.10. mit Sperrfrist erhältlich. Kontakt: Katharina Rüegg, Geschäftsführerin Städteinitiative Sozialpolitik, Tel. +41 52 267 59 57; info@staedteinitiative.ch

Besten Dank für Ihr Interesse.

Information zur Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands und vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.